

Heroinvergabe – zwei Meldungen und einige Reaktionen

http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/frankfurt/?em_cnt=1292340
21.02.2008

Schwerstabhängige
Bundesförderung für Heroin-Therapie läuft aus

Berlin/Frankfurt (dpa/lhe) - Der Bund zieht sich Ende Februar aus der Finanzierung der Heroin-Therapie für Schwerstabhängige zurück. Davon betroffen ist auch die Frankfurter Heroin-Ambulanz, in der zur Zeit 85 Süchtige betreut werden. Folgen für sie soll es nicht geben. Der Bund könne in diesem Bereich ohne Gesetzesänderung nicht länger tätig sein, sagte die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Sabine Bätzing (SPD), in Berlin. Eine Gesetzesänderung werde aber von der Union "blockiert".

Bätzing betonte, für die Patienten ändere sich nichts: Die Behandlung mit dem synthetisch hergestellten Heroin-Ersatz Diamorphin könne über Ausnahmegenehmigungen fortgesetzt werden. Die acht Projekt-Städte müssten aber die Kosten alleine tragen. "Die Finanzierung des Bundes läuft aus." Zwischen 2002 und 2007 habe der Bund dafür knapp 16 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

In einem bundesweiten Modellversuch war die Wirksamkeit des synthetischen Heroins im Vergleich zur Ersatzdroge Methadon getestet und belegt worden. Die CDU hatte sich aber auf Bundesebene dem Vorhaben widersetzt, Heroin als Medikament zuzulassen und auf Rezept an Schwerstabhängige auszugeben. Die Frankfurter Einrichtung arbeitet seither mit einer Ausnahmegenehmigung.

Für die Frankfurter Ambulanz habe die Streichung des Bundeszuschusses keine direkten Folgen, erklärte ein Sprecher der Gesundheitsdezernentin Manuela Rottmann (Grüne) auf Anfrage. Es sei aber ein besorgniserregendes politisches Signal. Die Stadt habe die Mittel für die Heroinvergabe im Haushalt ohne Bundeszuschuss eingeplant. Dieser habe in der Vergangenheit ohnehin geschwankt, so dass keine genaue Summe der entgangenen Förderung genannt werden könne. Über fünf Jahre hinweg seien vom Bund 1,2 Millionen Euro geflossen. Die jährlichen Kosten des Heroinprojekts bezifferte der Sprecher auf 1,7 Millionen Euro pro Jahr. Das Land Hessen habe signalisiert, seinen jährlichen Zuschuss von 200000 Euro beibehalten zu wollen.

Die Grünen in Berlin kritisierten den Rückzug des Bundes als "Wortbruch". Sie warfen der Union "Blockade", der SPD-Spitze "Desinteresse" vor. Mit dem Wegfall der Bundesförderung sei die Weiterführung der Heroinbehandlung gefährdet.

Neue Presse:

http://www.rhein-main.net/sixcms/list.php?page=fnp2_news_article&id=4338367

21.02.2008

Grüner: Berlin streicht Mittel für Frankfurter Heroinambulanz

Frankfurt (dpa) Die Bundesregierung zieht sich nach Informationen des Bundestagsabgeordneten Omid Nouripour (Grüne) Ende Februar aus der Finanzierung der Frankfurter Heroinambulanz zurück. Dies habe die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Sabine Bätzing (SPD), den

betroffenen Städten mitgeteilt, berichtete der Frankfurter Parlamentarier am Donnerstag. Nouripour wertete dies als klaren Wortbruch der großen Koalition, die den Städten trotz inhaltlicher Differenzen zumindest die Weiterführung der bestehenden Modellprojekte zugesagt habe.

In der Frankfurter Ambulanz werden nach städtischen Informationen derzeit etwa 85 Schwerstabhängige mit synthetischem Heroin (Diamorphin) versorgt. In einem bundesweiten Modellversuch war die Wirksamkeit des Heroins im Vergleich zur Ersatzdroge Methadon getestet und belegt worden. Die CDU hatte sich aber auf Bundesebene dem Vorhaben widersetzt, Heroin als Medikament zuzulassen und auf Rezept an Schwerstabhängige auszugeben. Die Frankfurter Einrichtung arbeitet seither mit einer Ausnahmegenehmigung.

Für die Ambulanz habe die Streichung des Bundeszuschusses keine direkten Folgen, erklärte ein Sprecher der Frankfurter Gesundheitsdezernentin Manuela Rottmann (Grüne) auf Anfrage. Es sei aber ein besorgniserregendes politisches Signal. Die Stadt habe die Mittel für die Heroinvergabe im Haushalt ohne Bundeszuschuss eingeplant. Dieser habe in der Vergangenheit ohnehin geschwankt, so dass keine genaue Summe der entgangenen Förderung genannt werden könne. Über fünf Jahre hinweg seien vom Bund 1,2 Millionen Euro geflossen. Die jährlichen Kosten des Heroinprojekts bezifferte der Sprecher auf 1,7 Millionen Euro pro Jahr. Das Land Hessen habe signalisiert, seinen jährlichen Zuschuss von 200 000 Euro beibehalten zu wollen.

Reaktionen:

21.02.2008

Wortbruch von Union und SPD: Heroinbehandlung vor dem Aus?

Zu der Ende Februar auslaufenden Förderung der Heroinbehandlung durch die Bundesregierung erklärt Dr. Harald Terpe, drogen- und suchtpolitischer Sprecher (Bündnis90/Die Grünen):

Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung hat den am Modellprojekt zur Heroinbehandlung beteiligten Städten in einem lapidaren Schreiben mitgeteilt, dass die Bundesförderung Ende Februar auslaufe. Dies ist ein klarer Wortbruch von SPD und Union. Union und SPD hatten immer behauptet, dass trotz ihres Streits um eine Einführung der Heroinbehandlung in die Regelversorgung zumindest die Weiterführung der bestehenden Behandlungsstandorte sichergestellt werde. Unionsfraktionschef Kauder hatte sogar die Aufnahme neuer Patienten in Aussicht gestellt. Wegen der ideologischen Blockade der Union und dem offenkundigen Desinteresse der SPD-Spitze an diesem Thema steht die Herointherapie schwer opiatabhängiger Menschen nun vor dem Aus. Es ist offensichtlich, dass die Koalition die Heroinbehandlung pünktlich nach der Wahl in Hamburg beerdigen will. Dabei ist vor allem die Bundesregierung in der Pflicht, eine Weiterführung der Heroinbehandlung sicherzustellen. Bereits heute haben einige Kommunen erhebliche Schwierigkeiten bei der Mitfinanzierung der Heroinbehandlung. Mit dem Wegfall der Bundesförderung wird die Weiterführung der Heroinbehandlung jedoch an allen Standorten gefährdet.



PRESSEINFORMATION

Ein gesundheitspolitisches Armutszeugnis

Maßlose Enttäuschung über das schrittweise AUS der Heroinbehandlung

Berlin, 23 Februar 2008

Mit der Einstellung der Bundesförderung für jene Städte die an der Modellstudie zur Heroingestützten Behandlung teilnehmen sowie der bundespolitischen Tatenlosigkeit wird die Chance für eine moderne zukunftsorientierte Drogenpolitik vertan, so Prof. Dr. Heino Stöver, Vorsitzender des Bundesverbandes für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenpolitik, **akzept e.V.**

In mehrfacher Hinsicht ist das Ergebnis der Diskussionen und Handlungen auf politischer Ebene ein Armutszeugnis.

- Ein gesundheits- und sozialpolitisches Armutszeugnis, da die Erfolge die mit der heroingestützten Behandlung erzielt wurden, fahrlässig aufs Spiel gesetzt werden. Stattdessen müssen die Patienten wieder mit jenem Medikament behandelt werden (z.B. Methadon), das in der Vergangenheit nicht die beabsichtigten Erfolge erzielte.
- Ein ethisches Armutszeugnis, da man Menschen das Medikament vorenthält das für viele lebenswichtig ist und sie in eine Zukunft entlässt, die bisher durch Illegalität, gesundheitliche Gefährdung und gesellschaftliche Ausgrenzung gekennzeichnet war.
- Ein ökonomisches Armutszeugnis, da ein teures aber wirksames Medikament dauerhaft verwährt wird und stattdessen wesentliche höhere Kosten durch Beschaffungskriminalität, HIV und Hepatitis-Infektionen, Krankenhaus und Gefängnisaufenthalte zu erwarten sind.

Selten stieß eine neue Behandlungsform für Drogenkonsumenten auf ein solch einhellig positives Votum.

Es stimmt uns als Wissenschaftler, MitarbeiterInnen aus AIDS- und Drogenhilfen, Ärzte, Selbsthilfeaktivisten, Eltern- und Angehörige sowie Drogenkonsumenten nachdenklich, dass das Schicksal vieler zehntausend Heroinkonsumenten nicht wichtig genug erscheint, um Fachlichkeit und Menschenwürde Vorrang vor Ideologie und Ignoranz zu geben

Ohne die Förderung des Bundes bzw. die Übernahme der Behandlungskosten durch die Krankenkassen werden die Städte mittelfristig die Kosten dieser Behandlung nicht alleine tragen können und die Projekte nach und nach einstellen. Für jene, die vielfach zum ersten Mal eine erfolgreiche Behandlung erfahren haben ist diese Vorstellung das reinste Horrarszenario, so Urs Köthner Vorstand von akzept.

Noch ist die Tür für die Fortsetzung der heroingestützten Behandlung und die Zulassung von Heroin als verschreibbare Substanz noch nicht gänzlich zugeschlagen.

Aber die Zeit der guten Worte ist nun vorbei, es gilt öffentlichen Druck zu erzeugen, z.B. im Rahmen der Frankfurter Drogenkonferenz, durch öffentliche Kundgebungen, durch Stellungnahmen der Fachverbände der Sucht-, Drogen und AIDS Hilfe, denn hier geht es um Menschenleben.

akzept e.V.

Der Vorstand

Prof. Dr. Heino Stöver, Dirk Schäffer, Urs Köthner

Kontakt: Dirk Schäffer, Tel. 030-690 087 56, dirk.schaeffer@dah.aidshilfe.de

Presseerklärung zum Beschluss der Regierungskoalition, die Behandlung von Opiatabhängigen mit Diazetylmorphin (Heroin) nicht in die Regelversorgung einzuführen

DGS

Berlin/Hamburg, 24.11.06. Die Deutsche Gesellschaft für Suchtmedizin (DGS) hat mit Entsetzen zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Parteien der Regierungskoalition in Berlin beschlossen haben, Diazetylmorphin (Heroin) nicht in die Regelversorgung von Opiatabhängigen einzuführen.

Die bundesweite Studie unter Beteiligung von sieben Großstädten hat bewiesen, dass für die kleine Gruppe der Schwerstabhängigen Diazetylmorphin (DAM) deutliche Vorteile gegenüber der zugelassenen Substanz Methadon hat. Dies in Abrede stellen zu wollen, entbehrt jeder wissenschaftlichen Grundlage.

Die Beobachtungen in der Schweiz und in den Niederlanden zeigen überdies, dass im Rahmen eines Gesamtkonzeptes, das präventive, repressive, schadensmindernde und therapeutische Ansätze verbindet, wozu eben auch die legale Verordnung von DAM gehört, die Ausbreitung der Heroinabhängigkeit gestoppt werden kann. Deutlich wird dies am zunehmenden Durchschnittsalter der Opiatabhängigen in diesen Nachbarländern, wo die Zahl der Neukonsumenten dramatisch zurückgegangen ist.

Schließlich zeigen sämtliche Berechnungen, dass die Verordnung von Diazetylmorphin für die Gruppe der Schwerstabhängigen die gesamtgesellschaftlichen Kosten der Heroinabhängigkeit zu senken hilft (siehe auch: Deutsches Ärzteblatt vom 17.11.06, URL am Ende dieser PM).

Die Regierungskoalition stellt sich mit ihrem Beschluss gegen die Mehrheit der bundesdeutschen Polizeipräsidenten, gegen die Bundesärztekammer, gegen die Magistrate der an der Studie beteiligten Städte und gegen die Mehrheit der bundesdeutschen Suchtexperten.

Zu einem Zeitpunkt, da Heroin aus Afghanistan europaweit für ein Überangebot sorgt und die Preise auf dem Schwarzmarkt deutlich fallen, ist die Verhinderung einer Behandlung mit Diazetylmorphin das völlig falsche Signal und dokumentiert ein mangelhaft durchdachtes drogenpolitisches Gesamtkonzept. Die DGS fordert die Parteien der Regierungskoalition auf, diesen Beschluss zu überdenken: Im Interesse der Patienten, der beteiligten Großstädte und einer zukunftsweisenden Drogenpolitik.

Für den Vorstand der DGS: Jörg Götz, Klaus Behrendt

Betreff: [GESUNDHEIT ADHOC] Vorwürfe der Grünen sind falsch
BMG - Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung,
 Montag, 25.02.2008 - 13:37 Uhr

DIAMORPHINBEHANDLUNG WEITERHIN MÖGLICH

Vorwürfe der Grünen sind falsch

Berlin - Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Sabine Bätzing, stellt angesichts der aktuellen Vorwürfe klar: "Die Diamorphinbehandlung kann in den bestehenden Ambulanzen in Bonn, Frankfurt, Hamburg, Hannover, Karlsruhe, Köln und München unverändert fortgeführt werden. Für die Patienten ändert sich nichts. Kursierende Meldungen, die das Ende der Diamorphinbehandlung an die Wand malen, sind irreführend. Ich trete unverändert dafür ein, dass der Gesetzentwurf des Bundesrates möglichst bald durch

den Bundestag verabschiedet wird. Der von den Grünen erhobene Vorwurf des Wortbruchs von SPD und CDU ist deshalb schlicht falsch."

Die rechtliche Grundlage für die Fortführung ist die Ausnahmeregelung nach § 3 Abs. 2 Betäubungsmittelgesetz. Eine Genehmigung der Diamorphinbehandlung auf dieser Basis haben alle sieben Standorte erhalten. Für Hamburg und München läuft die Frist bis Mitte 2008, für alle anderen Städte bis Mitte 2010. Frankfurt, Karlsruhe und Köln können aufgrund ihres Antrags auch neue Patientinnen und Patienten in die Behandlung aufnehmen; die anderen Standorte hatten auf diese Erweiterungsmöglichkeit im Antrag verzichtet.

Die Bundesregierung hat das Heroinmodellprojekt und die bisherige Fortführung der Diamorphinbehandlung mit über 15 Millionen Euro gefördert. Eine weitere Bezuschussung der Behandlung aus Bundesmitteln ist nicht möglich, da alle Forschungsfragen beantwortet sind. Gemessen an den gesamten Behandlungskosten ist der Anteil der Bundesförderung für die laufende Behandlung vergleichsweise gering; für die finanzielle Absicherung der Behandlung spielen diese Beträge keine entscheidende Rolle. Sabine Bätzing: "Die Fortführung der Diamorphinbehandlung liegt mir unverändert am Herzen. Deshalb unterstütze ich die geplante Förderung der Qualitätssicherung der weiteren Diamorphinbehandlung durch das Zentrum für Interdisziplinäre Suchtforschung der Universität Hamburg aus Mitteln des Bundesministeriums für Gesundheit."

Kontakt: HAUSANSCHRIFT :Friedrichstraße 108, 10117 Berlin
 POSTANSCHRIFT: 11055 Berlin
 TEL + 49 (0)30 18441-1452, FAX + 49 (0)30 18441-4960
 E-Mail: drogenbeauftragte@bmg.bund.de, <http://www.drogenbeauftragte.de>
 Link: <http://www.gesundheit-adhoc.de/index.php?op=show&msgNr=3354>

P R E S S E M I T T E I L U N G

Deutsche AIDS-Hilfe e.V. (DAH) fordert rasche Entscheidung zur „heroingestützten Behandlung“

Berlin, 28. Februar 2008. „Mit der Entscheidung der Bundesregierung, die Bundesförderung für die an der Modellstudie zur heroingestützten Behandlung beteiligten Städte Ende Februar zu beenden, rückt die Einstufung von Diamorphin als verschreibungsfähiges Medikament sowie eine Überführung in die Regelbehandlung in weite Ferne“, erklärt Peter Stuhlmüller, stellv. Bundesgeschäftsführer der Deutschen AIDS-Hilfe e.V. (DAH). Die Menschen, die seit vielen Jahren erfolgreich mit Diamorphin behandelt werden, fordern nun zu Recht eine endgültige Entscheidung des Bundestages. Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, dass die gesundheitliche Stabilisierung und die soziale Integration von Heroinkonsumenten nicht wichtig genug sind, um hier politischen Druck auszuüben“, fährt Stuhlmüller fort.

„Es hat den Anschein, dass dieses wichtige Thema zu einer bundespolitischen Hängepartie wird“, betont Dirk Schäffer, DAH-Referent für Drogen und Menschen in Haft. „Auch wenn die Beendigung der Bundesförderung für die Patienten in den Projekten keine direkten Folgen hat, ist dies ein fatales politisches Signal. Die jetzige Situation könnte in einigen Städten die sukzessive Einstellung der Projekte zur Folge haben, da die Städte die Kosten der heroingestützten Behandlung dauerhaft nicht alleine tragen werden.“ „Viele der Menschen, die derzeit mit Heroin behandelt werden, sind Freunde oder Bekannte von uns. Sie haben einfach Angst vor der ungewissen Zukunft, denn die heroingestützte Behandlung ist für viele die erste erfolgreiche Therapie seit Jahren“, so eine Vertreterin des bundesweiten Selbsthilfenetzwerks JES (Junkies, Ehemalige, Substituierte).

„Auch wenn die Enttäuschung tief sitzt – die Deutsche AIDS-Hilfe appelliert an alle Unterstützer dieses Projektes, die Drogenbeauftragte der Bundesregierung noch stärker als bisher in ihrem Vorhaben zu unterstützen, eine Änderung des Betäubungsmittelgesetzes zu erwirken und die Diamorphinbehandlung in die Regelversorgung zu überführen. Es gilt nun auch, öffentlichen Protest zu organisieren“, führt Dirk Schäffer weiter aus.

„Wir fordern die Bundesregierung auf, eine zeitnahe Abstimmung im Bundestag zu ermöglichen und auf die Aufhebung des Fraktionszwangs zu drängen. Die Entscheidung im Bundestag ist für viele Heroinkonsumenten, die derzeit in Hamburg, Frankfurt, Bonn, Köln, Karlsruhe, München und Hannover erfolgreich behandelt werden, lebenswichtig, dies muss allen klar sein“, fasst Peter Stuhlmüller die Situation zusammen.

Für Fragen steht zur Verfügung:

Dirk Schäffer

Deutsche AIDS-Hilfe e.V.

Wilhelmstraße 138

10963 Berlin

Telefon 0049 30 690087-56

E-Mail dirk.schaeffer@dah.aidshilfe.de

www.aidshilfe.de

Pressekontakt:

Carmen Vallero

Deutsche AIDS-Hilfe e.V.

Wilhelmstraße 138

10963 Berlin

Telefon 0049 30 690087-56

E-Mail carmen.vallero@dah.aidshilfe.de

www.aidshilfe.de